

GRUNDEINKOMMEN

WAS IST GRUNDEINKOMMEN?

Das grundlegende Motiv für die Einführung des Grundeinkommens ist die Stärkung der Würde des Menschen, die Befreiung von Existenzängsten, Stigmatisierungen und Zwängen aller Art, die Befreiung aus unfreiwillig eingegangenen oder aufrechterhaltenen Beziehungen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher oder privater Natur, die Stärkung des Selbstwertgefühls und des Gemeinschaftssinns. Das Grundeinkommen soll optimale äußere Umstände schaffen, um jeder und jedem Einzelnen die Gestaltung eines erfüllten, glücklichen Lebens (selbst)verantwortlich zu ermöglichen, alleine oder in freier Kooperation mit anderen.

Grundeinkommen ist ein Einkommen, das durch eine politische Gemeinschaft

- (1) an alle Mitglieder
- (2) bedingungslos (ohne Bedürfnisfeststellung und Arbeitsnachweis)
- (3) auf individueller Basis
- (4) in einer zumindest existenzsichernden Höhe bezahlt wird.

MYTHOS VOLLBESCHÄFTIGUNG

In der Zeit des Nachkriegsbooms gibt es in den Industriestaaten bis Anfang der siebziger Jahre annähernde Vollbeschäftigung. Die Unternehmen sind nationalstaatlich gebunden, zentralistisch organisiert und benötigen viele Arbeitskräfte für die Ausdehnung ihrer Produktion. Die einzelnen Produktionsstätten weisen hohe Beschäftigtenzahlen auf, die Arbeitsverhältnisse sind relativ einheitlich und stark reguliert. Die Gewerkschaften befinden sich somit in einer Machtposition, wie die in praktisch allen OECD-Staaten hohe Streikintensität (vgl. Grafiken im Anhang) und entsprechende Reallohnsteigerungen zeigen. Mit der Sättigung der Märkte in den siebziger Jahren setzt jedoch ein tiefgreifender

Positionspapier von Vision ATTAC

Strukturwandel zur Informationsgesellschaft und einem globalisierten High-Tech-Kapitalismus ein. Wachstum wird immer mehr von kapitalintensiven Rationalisierungsgewinnen abhängig. Die Unternehmen werden flexibler, schlanker und vernetzen sich global. Die Mikroelektronik macht Arbeitskraft in großem Umfang und dauerhaft überflüssig. Hohe Produktivitätszuwächse verschärfen den globalen Konkurrenzdruck.

Die Folge all dieser Faktoren ist steigende Arbeitslosigkeit: In Ländern wie Australien, Frankreich, Deutschland oder Großbritannien betragen die Arbeitslosenraten 1960-1970 immer 0,5%-3%, seit 1985 liegen sie zwischen 7-12% (Bureau of Labor Statistics 2002: *Comparative Civilian Labor Force Statistics. Ten Countries, 1959-2001*, Tab. 2). Zwischen 1980 und 1995 steigt die Zahl der Arbeitslosen in der BRD von 770.000 auf 3 Millionen, in Frankreich von 1,5 Millionen auf 3 Millionen, in Großbritannien von 1,85 Millionen auf 2,5 Millionen (ebd.). Auch in Österreich zeigen die Arbeitslosenzahlen einen deutlichen Anstieg: 1970 58.400, 1985 139.500, 1995 215.700, 2002 240.000 (Wirtschaftskammer Österreich: Statistisches Jahrbuch 2002, Der Standard: 4.9.2002). Ende 1998 ist weltweit ein Drittel aller Arbeitskräfte arbeitslos oder unterbeschäftigt. (World Employment Report 1998-1999, ILO).

Der Unternehmenswandel führt zu einem Zerfall des einstmals stabilen, abgesicherten und kollektivvertraglich geregelten Status der Lohnarbeit: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse nehmen fortschreitend zu. Diese Entwicklung trifft vor allem Frauen. Frauen übernehmen meist auch die soziale Verantwortung, wenn das auf der Lohnarbeit aufbauende soziale Netz verfällt. Darüber hinaus ist ihre unbezahlte Arbeit in Haushalt, Erziehung u.ä. eine wesentliche Grundlage kapitalistischer Produktion. Generell sinkt der Einfluss der Gewerkschaften aufgrund von rückläufiger Arbeitskraftnachfrage, Standortwettbewerb und Unternehmenswandel. Deshalb nimmt seit den siebziger Jahren die Streikintensität in allen OECD-Staaten trotz

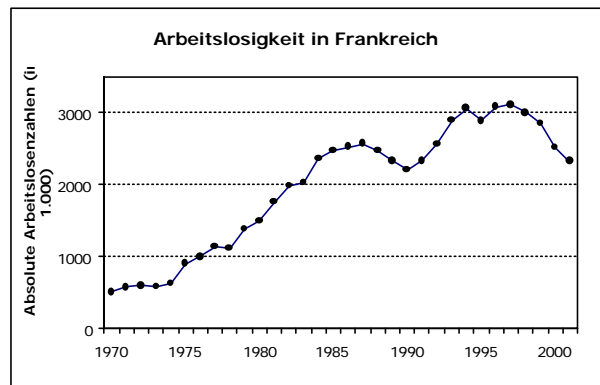
zunehmender Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse drastisch ab. Schließlich kommt es zur Selbstverstärkung der Arbeitslosigkeit durch Kaufkraftmangel. Denn im internationalen Standortwettbewerb werden Löhne zu einem Kostenfaktor, den es zu reduzieren gilt.

Eine Kompensation der freigesetzten Beschäftigten durch den Dienstleistungssektor ist unwahrscheinlich, denn auch dieser unterliegt Rationalisierungstendenzen. Darüber hinaus trägt der Dienstleistungssektor zur Ausweitung der Automation und damit einer Verringerung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bei. **Das Zeitalter der Vollbeschäftigung ist unter diesen Bedingungen zu Ende.** Die Erwerbsarbeit steckt in einer Krise, die ein logisches Resultat der marktwirtschaftlichen Entwicklung darstellt.

Dessen ungeachtet gehört es zum Pflichtritual aller PolitikerInnen, mehr und noch mehr

Wirtschaftswachstum zu versprechen, um Arbeitsplätze zu schaffen. Aber seit zwanzig Jahren ist es keiner europäischen Regierung, ob rechts oder links, gelungen, dem Ziel der Vollbeschäftigung auch nur näher zu kommen. Im Gegenteil: Das Sicherheitsgefühl der Menschen nimmt ständig ab. Daneben stellt sich immer dringlicher die Frage, ob wir mit der vorherrschenden Form der Politik nicht die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zerstören (Stichwort: Nachhaltigkeit).

Dabei geht es doch bloß darum, allen Menschen ein würdiges Leben zu sichern. Ist es nicht absurd, dass unsere immens reiche und produktive Gesellschaft nicht in der Lage sein sollte, dieses Menschenrecht zu erfüllen, ohne immer noch mehr produzieren zu müssen?



Datenquellen: ILO, OECD & U.S. Department of Labour - Bureau of Labour Statistics (Meßmethoden z. T. leicht abweichend)

WAS SPRICHT FÜR EIN GRUNDEINKOMMEN?

Mittlerweile ist die Produktivität unserer Gesellschaft so hoch, dass ein ungekannter Genuss an arbeitsfreier Zeit möglich wäre. Die Produktivität der amerikanischen Wirtschaft z.B. hat sich von 1950 bis 1990 verdoppelt. Würde diese Produktivität auf wachsende Freizeit umgerechnet, so könnte die Arbeitswoche 6,5 (!) Stunden kurz sein (Schoor in Füllsack 2002, S.28). In den USA wurde die im Jahr 1958 innerhalb einer Stunde produzierte Automenge im Jahr 2000 in weniger als 18 Minuten hergestellt

(U.S. Bureau of Labor Statistics). Und die 1987 in einer Stunde produzierten Computer wurden 2000 bereits in weniger als 3 Minuten gefertigt (ebd.).

Weit effektiver als herkömmliche, an Erwerbsarbeit und unzählige Zwangsmaßnahmen geknüpfte Ansätze könnte ein Grundeinkommen die Armut wirkungsvoll beseitigen. Und nur dann, wenn das Grundeinkommen bedingungslos ist, spannt es ein Netz, das tatsächlich keine Lücken mehr aufweist, durch die jemand fallen könnte. Es wäre auch ein erster Schritt dazu, das Leben vom Wirtschaftswachstum unabhängig zu machen.

Bedingungsloses Grundeinkommen ist eine zeitgemäße Maßnahme, die gemeinsam mit

weiteren Gestaltungsmaßnahmen den Umbau zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Gesellschaft einleiten kann. Es existieren heute materielle Bedingungen, die es ermöglichen, dass kein Mensch mehr Armut und Not erleiden und hart arbeiten muss. Ein gesichertes Auskommen für alle Menschen weltweit ist möglich. Eine ungleiche Verteilung von Eigentum und Wohlstand lässt dies heute jedoch als undurchführbar erscheinen.

ETHISCHE, ÖKONOMISCHE UND POLITISCHE GRÜNDE FÜR EIN GRUNDEINKOMMEN

- RECHT AUF LEBEN, ERMÖGLICHUNG VON SELBSTRESPEKT UND SELBSTBESTIMMUNG

Grundeinkommen ist eine umverteilende Maßnahme, die das Menschenrecht auf soziale Sicherheit (Art. 22 d. Allg. Erkl. d. Menschenrechte) und das Recht auf Leben verwirklicht und garantiert. Es ermöglicht Selbstrespekt: Entwürdigende Jobs können nach eigenem Ermessen abgelehnt werden. Menschen ohne Erwerbsarbeit müssen sich nicht mehr zu BittstellerInnen in bürokratischen Zwangssystemen (Arbeitsmarktservice) erniedrigen. Nicht zuletzt können Menschen mit Grundeinkommen ihr Leben flexibler gestalten, selbstbestimmt und jenseits der Wünsche von Unternehmen.

- KOMPENSATION FÜR DIE NUTZUNG UNVERDIENTER UND KOLLEKTIVER RESSOURCEN

Es gibt in der Gesellschaft grossen Reichtum, der nicht von Unternehmen geschaffen wurde, aber gratis von ihnen genutzt wird, um Gewinn zu erwirtschaften. Dazu gehören natürliche Ressourcen, Land, geerbtes Eigentum, Arbeitskräfte und Haushaltsarbeit. Außerdem gibt es kollektive Ressourcen wie Wissen, die durch die Tätigkeit aller Gesellschaftsmitglieder über lange Zeiträume hinweg entstehen. Diejenigen, die gratis davon profitieren, schulden allen anderen Kompensation. Frauen beziehen weltweit nur 10% aller Einkommen und besitzen lediglich 1% des globalen Vermögens, verrichten jedoch über 70%

aller unbezahlten Arbeiten (UNO). Aus diesem Grund würde ein bedingungsloses Grundeinkommen Frauen ganz besonders nützen.

- KOMPENSATION FÜR DIE FOLGEN DER AUTOMATION

Durch Automation und Technisierung erreichen Unternehmen Einsparungen beim Produktionsfaktor Arbeit und werden ökonomisch effizienter. Dadurch entstehen jedoch große gesellschaftliche Probleme (Arbeitslosigkeit und Naturverbrauch steigen). Ein Grundeinkommen, das durch Umverteilung finanziert wird, ist eine Kompensation der Unternehmen an die Gesellschaft für ihre Vorteile durch Automation.

- GRÖßERE UNABHÄNGIGKEIT DER REPRODUKTIONSARBEIT

Kapitalakkumulation basiert nicht nur auf der Ausbeutung der Erwerbsarbeitenden, sondern auch auf der Ausbeutung von Menschen, die in den Bereichen Haushalt, Pflege, emotionale Intelligenz, Betreuung, Erziehung, Ausbildung, Gesundheit etc. tätig sind. Diese Arbeiten werden heute zumeist von Frauen unbezahlt (oder sehr niedrig bezahlt) geleistet. Grundeinkommen macht Reproduktionsarbeitende unabhängiger von Lohnarbeitenden. Es sichert auch den Frauen ohne Pensionsanspruch ein ausreichendes Alterseinkommen.

- FÖRDERUNG DER SELBSTENTWICKLUNG, EINE VORAUSSETZUNG MODERNER PRODUKTION

Ökonomische Produktivität hängt von der Entfaltung persönlicher Fähigkeiten ab. Ein Grundeinkommen gibt den Menschen mehr Zeit dafür. Frauen würde damit aufgrund jetzt bestehender Mehrfachbelastungen (Arbeit und Familie) besonders geholfen.

- SICHERUNG GEFÄHRDETER AKTIVITÄTEN

Grundeinkommen sichert Aktivitäten mit niedriger oder keiner ökonomischen Produktivität, die unter Marktbedingungen nicht überleben können. Beispiele dafür sind politisches und soziales Engagement oder Wissenschaft und Kunst.



- **IMMANENTE ÖKONOMISCHE VORTEILE**

Grundeinkommen stärkt die Kaufkraft. Es könnten neue Arbeitsplätze und ökonomische Bereiche entstehen, da durch eine höhere Nachfrage mehr Güter produziert werden müssen.

Grundeinkommen kann eine aktive Freizeitgestaltung fördern und damit neue Arbeitsplätze schaffen. Es unterstützt auch selbstverantwortliches Denken im ökonomischen Bereich, da durch die Erhöhung freier Zeit Eigeninitiative gefördert wird.

- **ANERKENNUNG DER VERNETZUNG DER ARBEIT**

Die moderne Gesellschaft ist im hohen Maße vernetzt, alle Tätigkeiten sind voneinander abhängig. Daher ist die individuelle Leistung eines Menschen nicht genau feststellbar und in einer eindeutigen Geldsumme auszudrücken.

- **FREIHEIT UND SELBSTBESTIMMUNG FÜR ALLE**

Menschliches Leben soll etwas Anderes sein als zwanghafter Verkauf der eigenen Arbeitskraft, als Stress und Überlebenskampf. Der Zwang zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit bedeutet Entfremdung und Fremdbestimmung.

- **ARMUTSBEKÄMPFUNG UND REDUKTION ÖKONOMISCHER RISIKEN**

Beides ist heute notwendig, denn wir leben in einer Risikogesellschaft, in der immer mehr Menschen mit der Gefahr des sozialen Abstiegs, des Bankrotts etc. konfrontiert sind. Vor allem Frauen und MigrantInnen sind von Armut und prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. Ihnen würde daher besonders geholfen.

- **DEMOKRATISIERUNG UND STÄRKUNG DER GESELLSCHAFTLICHEN REFLEXIONSFÄHIGKEIT**

Eine moderne Gesellschaft benötigt Menschen, die kritikfähig sind und sich politisch engagieren. Dafür brauchen die Menschen ausreichend freie Zeit. Grundeinkommen kann Freiräume für politisches Engagement eröffnen und zur Entstehung neuer Kooperationsformen beitragen.

- **FÖRDERUNG EINER ALTERNATIVEN ÖKONOMIE**

Durch eine Entkopplung von Erwerbsarbeit und Existenzsicherung wären neue Formen der Selbstorganisation und kooperativen Produktion möglich, die für die Entwicklung einer nicht-wachsenden, ökologisch nachhaltigen Wirtschaft nötig sind.

- **STÄRKUNG DER ABHÄNGIG BESCHÄFTIGTEN**

Grundeinkommen stärkt die Position der abhängig Beschäftigten. Dadurch könnten die Ausweitung ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse verhindert, Mitbestimmungsrechte ausgebaut und die Qualität von Arbeitsplätzen verbessert werden.

- **BEITRAG ZU VERWALTUNGSVEREINFACHUNG**

Das GE trägt zum Abbau unnötiger Sozialbürokratie bei.

EIN HYPOTHETISCHES FINANZIERUNGSBEISPIEL

Die Durchsetzung des Grundeinkommens ist keine Finanzierungsfrage, sondern eine des politischen Willens. Der Reichtum ist vorhanden, ein gesichertes Leben für alle ist machbar. Um das zu illustrieren, wird ein einfaches, hypothetisches Beispiel für die Finanzierung umrissen. Es handelt sich hierbei um Modellannahmen, *nicht* um konkrete politische Forderungen! In diesem Berechnungsbeispiel werden öffentliche Dienstleistungen wie das Gesundheitssystem nicht abgeschafft, sondern weiter beibehalten und finanziert. Leistungen wie Arbeitslosenunterstützung, Sozial- und Notstandshilfe, Kinder- und Karanzgeld sind bei Einführung eines GE nicht mehr notwendig. Die Wertschöpfung steigt in Österreich deutlich schneller als die Lohn- und Gehaltssumme. Eine Wertschöpfungsabgabe soll die ArbeitgeberInnenbeiträge zur Sozialversicherung ersetzen, die bisher nach der Lohn- und Gehaltssumme ermittelt wurden. Bei den ArbeitgeberInnenbeiträgen zur Sozialversicherung werden derzeit also nicht die Gewinne

berücksichtigt. Die Wertschöpfungsabgabe berücksichtigt Produktivitäts- und Rationalisierungsgewinne eines Unternehmens besser. Jene Unternehmen, die Gewinne steigern, indem sie Arbeitsplätze wegrationalisieren, werden durch eine Wertschöpfungsabgabe veranlasst, ihren Beitrag zur Sicherung des Sozialsystems zu leisten. Unternehmen profitieren vom allgemeinen technischen Produktivitätsfortschritt, ArbeiterInnen und Angestellte kaum. Eine Wertschöpfungsabgabe trägt diesem Umstand Rechnung.

Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen betrug 2001 in Österreich 200,39 Mrd. Euro (Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2002), die Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitgeberInnen 14,913 Mrd. Euro (Statistik Austria) und die Kommunalsteuereinnahmen 1,8 Milliarden (Steuer auf die Lohnsumme eines Unternehmens, bleibt bei Gemeinden, entfällt im Fall einer Wertschöpfungsabgabe). Eine Wertschöpfungsabgabe in der Höhe von durchschnittlich 25% bringt etwa 50,1 Milliarden Euro, abzüglich 14,9 Mrd. Euro und 1,8 Mrd. Euro bleiben etwa 33,4 Mrd. Euro.

1993 wurden die Vermögenssteuer (1%), die Grund- und Kapitalverkehrssteuer sowie die Erbschafts- und Schenkungssteuer quasi abgeschafft. Der Anteil der Vermögenssteuern hat von 3,7 Prozent (1970) auf 1,3 Prozent (2000) des Gesamtsteueraufkommens abgenommen. Die Vermögenssteuern liegen mit 0,6 Prozent des BIP deutlich unter den EU-Werten (1,8 Prozent).

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer beträgt heute durchschnittlich etwa 5 Prozent, 2001 gab es 166 Mio. Euro Einnahmen (Statistik Austria, Nov. 2002). Eine Verdreifachung würde jährlich etwa 332 Mio. Euro Mehreinnahmen bringen. 1993 betragen die Einnahmen aus der Vermögenssteuer 612 Mio. Euro (BMF), 2002 betragen sie 0 Euro (Statistik Austria). Eine Wiedereinführung könnte bis zu 1 Milliarde Euro bringen. Die Grundsteuer beträgt in Österreich 2‰ vom Einheitswert und brachte 2001 28 Millionen Euro (A: Land- und Forstwirtschaft) + 433 Millionen Euro (sonstige Grundstücke) = 461 Millionen Euro Einnahmen. Eine Verdopplung bringt jährlich 461 Mio. Euro

Mehreinnahmen. Die Börsenumsatzsteuer wurde 2000 abgeschafft, sie betrug zuletzt etwa 0,2% des Kurswertes. Dadurch gingen jährlich etwa 150 Millionen Euro verloren. Eine Wiedereinführung und Erhöhung des Steuersatzes auf etwa 4% bringt jährlich etwa 2,9 Milliarden Euro. 2002 gab es Einnahmen aus der Kapitalertragssteuer in der Höhe von 836 Millionen Euro. Eine Verdopplung brächte zusätzlich 0,83 Milliarden Euro jährlich. Etwa 45 Milliarden Euro sind in Stiftungen angelegt. Nimmt man eine durchschnittliche Rendite von 10 Prozent an, so werden jährlich etwa 4,5 Mrd. Euro Gewinn erwirtschaftet. Eine Steuer auf Stiftungsgewinne von 30 Prozent kann unter diesen Annahmen etwa 1,4 Mrd. Euro jährlich bringen. Eine zusätzliche, oben nicht genannte Einnahmequelle wäre z.B. die Besteuerung des Ressourcenverbrauches.

Im einfachsten Modell wird das Grundeinkommen in die Einkommenssteuer integriert. Es gibt einen einheitlichen Steuersatz (z.B. 50%) und einen allgemeinen Steuerabsetzbetrag in der Höhe des Grundeinkommens. Die Steuer würde sich nach folgender Formel berechnen:

$$\text{Einkommenssteuer} = \text{Einkommen}/2 - \text{Absetzbetrag}$$

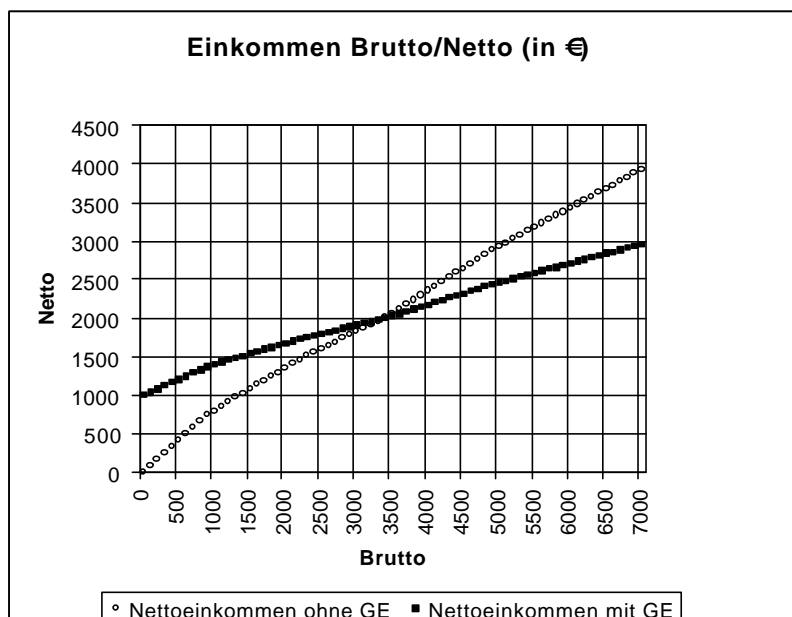
Das Entscheidende ist, dass die Steuer in diesem Modell negativ ist, wenn das Einkommen weniger als das doppelte Grundeinkommen beträgt (d.h. man bekommt etwas dazu gezahlt). Beträgt das Einkommen mehr als das doppelte Grundeinkommen, ist die Steuer positiv. Beträgt das Einkommen genau das doppelte Grundeinkommen, ist die Steuer null. Wer gar kein Einkommen hat, bekommt exakt die Höhe des Grundeinkommens.

Bei der Verwendung der Formel für die negative Einkommenssteuer gibt es zwei Möglichkeiten: entweder die progressive Einkommensbesteuerung wird abgeschafft und durch einen einheitlichen Steuersatz ersetzt oder das (progressive besteuerte) Nettoeinkommen wird eingesetzt und sozusagen mit einer zusätzlichen „Grundeinkommenssteuer“ belegt. Wir schlagen weder die Einführung einer Einheitssteuer, noch die Beibehaltung der progressiven Besteuerung vor, sondern weisen auf beide Möglichkeiten hin

und zeigen beispielhaft in folgender Tabelle und Grafik wie sich die Einkommen bei Verwendung der zweiten Methode verändern (alle Angaben in Euro). Die Umstellung auf eine derartige Berechnungsmethode brächte rein rechnerisch jährliche Zusatzeinnahmen von etwa 40 Milliarden Euro, die aber nicht ins Budget fließen,

sondern zur Finanzierung des Absatzbetrages umverteilt würden.

Bruttoeinkommen (in Euro)	Soz.vers. (in Euro)	Nettoeinkommen heute (in Euro)	Nettoeinkommen mit Grundeinkommen (in Euro)
0	0	0	1000
500	88,25	411,75	1205,875
600	105,9	494,1	1247,05
700	123,55	576,45	1288,225
800	141,2	658,8	1329,4
900	158,85	741,15	1370,575
1000	176,5	791,7	1395,85
1200	211,8	911,3	1455,65
1400	247,1	1023,31	1511,655
1600	282,4	1132,59	1566,295
1800	317,7	1239,61	1619,805
2000	353	1349,09	1674,545
2200	388,3	1459,55	1729,775
2400	423,6	1551,95	1775,975
2600	458,9	1641,71	1820,855
2800	494,2	1731,47	1865,735
3000	529,5	1821,23	1910,615
3200	564,8	1910,99	1955,495
3500	593,04	2059,1	2029,55
4000	593,04	2351,37	2175,685
4500	593,04	2646,37	2323,185
5000	593,04	2927,7	2463,85
5500	593,04	3177,7	2588,85
6000	593,04	3427,7	2713,85
6500	593,04	3677,71	2838,855
7000	593,04	3927,7	2963,85





Zusätzliche Einnahmen (durch wegfallende Budgetausgabeposten und Pensionsausgaben. Daten 2001 sowie zusätzliche Steuereinnahmen):

ASVG-Pensionen:	20 Milliarden Euro
Beamtenpensionen:	5,9 Milliarden Euro
Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld):	4,7 Milliarden Euro
Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen (abzüglich Ausgaben für Schulfahrtbeihilfe, Freifahrt für SchülerInnen und Lehrlinge, Schulbücher):	4 Milliarden Euro
Wertschöpfungsabgabe:	33,4 Milliarden Euro
Erbschafts- und Schenkungssteuer:	0,3 Milliarden Euro
Vermögenssteuer:	1 Milliarde Euro
Grundsteuer:	0,4 Milliarden Euro
Börsenumsatzsteuer:	2,9 Milliarden Euro
Erhöhung KEST:	0,8 Milliarden Euro
Steuer auf Stiftungsgewinne:	1,4 Milliarden Euro
Lohn- und Einkommenssteuer	32 Milliarden Euro
Gesamteinnahmen:	106,8 Milliarden Euro

In diesem hypothetischen Grundeinkommensmodell erhalten Kinder unter 15 Jahren 2800 Euro/Jahr, 15-unter 20jährige 7000 Euro /Jahr, Erwachsene im Alter von 20-60(F) bzw. 65 (M) Jahren 14000 Euro /Jahr, PensionistInnen (Frauen ab 60, Männer ab 65) 19600 Euro /Jahr.

Finanzierungsbedarf:

Bevölkerungszahl Österreich (Volkszählung 2001):	8.065.465
Kinder unter 15:	1.349.300
15-unter 20jährige:	486.070
Männer ab 65:	477393
Frauen ab 60:	995.415
Kinder unter 15 (2800 Euro /Jahr): $2800 * 1349300 =$	3,8 Milliarden
15 bis unter 20-jährige (7000 Euro /Jahr): $7000 * 486070 =$	3,4 Milliarden
20 bis Pension (Männer 65, Frauen 60; 14000 Euro /Jahr): $11200 * 4.757.287 =$	66,6 Milliarden
PensionistInnen (19600 Euro /Jahr): $19600 * 1.472.808 =$	28,9 Milliarden

Gesamtfinanzierungsaufwand Grundeinkommen: 102,7 Milliarden Euro

MÖGLICHE ARGUMENTE GEGEN EIN GRUNDEINKOMMEN

- "Wer trotz Arbeitsfähigkeit nichts arbeitet, braucht auch nichts essen."

Es gibt ein unveräußerliches Menschenrecht auf Leben. Also auch auf Essen.

- "Das GE schadet dem Ziel der Vollbeschäftigung."

Vollbeschäftigung kann kein Selbstzweck sein. Als Mittel zur sozialen Absicherung und Teilhabe ist Vollbeschäftigung heute nicht mehr realisierbar und es gibt bessere Wege, dieses Ziel zu erreichen. Wir wollen Arbeitslose und prekär

Beschäftigte nicht auf etwas verträsten, das nicht mehr kommt oder ihre Schwierigkeiten gar als politisches "Druckmittel" missbrauchen. Wir setzen uns für eine konkrete und rasche Verbesserung der Lebensqualität ein.

- "Der Mensch ist von Natur aus faul. Es wird nicht mehr genug gearbeitet werden."

Der Mensch ist von Natur aus kreativ. Tendenziell könnte ein hohes GE den Effekt haben, dass Lohnarbeit weniger attraktiv wird. Wenn das GE bloß einen kulturell angemessenen Mindeststandard sichert, ist das nicht der Fall. Außerdem könnte die Höhe des GE an das BIP gekoppelt werden. Dann würde es automatisch sinken, wenn weniger gearbeitet wird, und der Anreiz zu arbeiten würde wieder steigen.

- "Ein nachhaltiger Lebensstil bzw. der Umstieg auf eine nachhaltige Entwicklung sind so arbeitsintensiv, dass ein GE als Maßnahme gegen negative Folgen der Arbeitslosigkeit unnötig ist."

Im Zuge einer umfassenden Ökologisierung nimmt die Lohnarbeit nicht notwendigerweise zu: Erstens ist es in vielen Branchen (z.B. Marketing, Verpackung, Transport, Bauwesen, militärische Produktion, Rohstoffausbeutung, Chemieindustrie) notwendig, Produktionen stillzulegen. Zweitens reduzieren der Umstieg auf langlebige Güter und eine Absenkung des Verbrauchsniveaus den Produktionsaufwand. Drittens werden in einer nachhaltigen und damit schöneren Gesellschaft viele Tätigkeiten unnötig (z.B. Sozialarbeit, Lebenshilfe). Viertens sind arbeitsintensive Produktionen wegen ihres hohen Arbeitskraftbedarfs wettbewerbsschwach und schaffen daher kaum Arbeitsplätze, seien sie auch "ökologisch". Fünftens werden kooperative Produktionsformen ohne Profit und Wachstumszwang wichtig, in denen keine Lohnarbeit existiert.

- "Wir können uns das GE nicht leisten."

Die Berechnungen zur Finanzierbarkeit beweisen das Gegenteil. Es ist bloß eine Frage des politischen Willens.

- "Das GE ist bedarfsungerecht."

Wie kann ein GE, das *allen zu gleichen* Bedingungen zusteht, ungerecht sein? Jeder Mensch bedarf der materiellen Sicherheit. Das GE bietet sie, wenn es notwendig wird. Für besondere Bedarfslagen (Krankheit, Pflege usw.) gibt es weiterhin die entsprechenden Sozialleistungen. Jede Staffelung des GE nach Regionen oder unterschiedlichem "Bedarf" erhöht den Verwaltungsaufwand dramatisch und fördert die autoritäre Kontrolle von Menschen durch die Bürokratie.

- "Es droht eine 2-Klassen-Gesellschaft, in der die GE-EmpfängerInnen als Subkultur existieren."

Wenn das GE bedingungslos ist, dann sind wir alle GE-EmpfängerInnen. Es verbindet die Menschen, anstatt sie – wie jetzt – in verschiedene

Klassen zu trennen. Der dauernde Besitz eines Arbeitsplatzes ist keine Vorbedingung mehr für kulturelle Teilhabe, Selbstwertgefühl und Lebensstandard. Attraktive Tätigkeiten gibt es auch jenseits der Lohnarbeit mehr als genug.

- "Die Gewerkschaften werden weiter an Bedeutung verlieren."

Das tun sie nur, wenn sie sich nicht mit der Forderung nach einem GE auf die neuen Arbeitsverhältnisse einstellen. Vom GE wird endlich auch die große und wachsende Zahl der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten profitieren (in Österreich rund ein Drittel aller abhängig Beschäftigten!), und nicht nur die schrumpfende Zahl klassisch Beschäftigter. Wir laden die Gewerkschaften ein, sich das GE auf ihre Fahnen zu heften.

- "Es wird der Anspruch aufgegeben, die Arbeitsverhältnisse mitzugestalten."

Ein GE ist keine Maßnahme gegen die gesellschaftliche Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Im Gegenteil: Es erhöht die Freiheit der Angestellten, sich selbstbestimmt zu organisieren und die Arbeitswelt mitzugestalten.

- "Es wird der Anspruch einer Umverteilung von Reich zu Arm aufgegeben."

Das GE garantiert Umverteilung von Reich zu Arm besser als das bestehende Sozialsystem. Ein wichtiger Unterschied besteht darin, dass das GE den Vorgang der Umverteilung einfach und transparent macht und keinen Raum für die Willkürherrschaft partikulärer Interessen lässt.

- "Die Ziele des GE sind besser mit allgemeiner Arbeitszeitverkürzung zu erreichen."

Wir fordern die Entkopplung von Arbeit und Existenzsicherung. Das ist mit keiner anderen Maßnahme zu erreichen. Zudem schafft eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nicht "Arbeit für alle", wie ihre BefürworterInnen behaupten.

- "Der Mensch ist von Natur aus egoistisch. Es wird viele GE-SchmarotzerInnen geben."

Wer kann für sich die Autorität in Anspruch nehmen zu entscheiden, wer ein "nützliches Mitglied der Gesellschaft" ist, und wer einE "SchmarotzerIn"? Wir fordern die Umkehr der Beweislast: Solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, gehen wir davon aus, dass jedeR einen wertvollen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann und das auch zu tun bereit ist.

- "Unattraktive Arbeiten werden unerledigt bleiben."

Was getan werden *muss*, wird auch getan werden. Das GE hätte bei ausreichender Höhe den Effekt, dass sich der Lohn für solche Arbeiten erhöht.

- "Das GE wirkt als Rollenfalle. Kinderkriegen und Haushaltsarbeit werden bezahlt."

Das GE ist für sich genommen kein Mittel gegen patriarchale Rollenzuweisungen und daher mit anderen Maßnahmen zu ergänzen. Es macht Frauen jedoch ökonomisch unabhängig und auch in patriarchalen Strukturen und Beziehungen autonomer.

- "Das GE birgt viele Risiken. Vollbeschäftigungspolitik durch Wachstum ist erprobt und sicher."

Vollbeschäftigungspolitik durch Wachstum versagt seit 30 Jahren. Sie ist nicht erprobt, sondern obsolet: Alte Lösungen passen nicht auf neue Probleme. Jede Neuerung birgt Risiken. Die Risiken sind aber bedeutend größer, wenn wir an veralteten Rezepten festhalten.

- "Das GE ist politisch leicht zu missbrauchen. Bei den aktuellen politischen Kräfteverhältnissen wird es im Sinne eines Netto-Sozialabbaus eingeführt werden."

Die Forderung eines bedingungslosen GE stellt das herrschende Denken grundlegend in Frage. Es ist eine zugkräftige, konkrete Gegenvision und daher geeignet, die politischen Kräfteverhältnisse maßgeblich zu verändern. Die Missbrauchsgefahr

gilt im Prinzip für alle politischen Forderungen: Tobin- und Ökosteuer können für Haushaltssanierung und Standortvorteile genutzt, die Finanzmarktkritik kann antisemitisch gewendet werden. Und die Forderung nach sozialer Sicherheit wird zur Legitimation einer Vollbeschäftigungspolitik durch Wirtschaftswachstum missbraucht. Die Verteidigung veralteter Konzepte (Sozialbürokratie, Vollbeschäftigung) ist angesichts ihres illusionären und defensiven Charakters die schwächste denkbare Position.

- "Das GE würde zwar die Lohnabhängigen stärken. Gestärkte Lohnabhängige wären aber schon für seine Einführung notwendig."

Um Lohnabhängige zu stärken brauchen wir eine starke Vision! Der Einführung eines GE kann man sich schrittweise nähern: Zuerst zum Beispiel durch verbesserte Unterstützung für Sozial- und NotstandshilfebezieherInnen, Obdachlose, Arbeitslose, Studierende, Kinder und PensionistInnen. In den letzten Jahren waren Arbeitsloseninitiativen die stärksten VerfechterInnen der GE-Idee (Frankreich). Sollte der genannte Einwand zutreffen, dann gälte er noch mehr für andere politische Forderungen. So würden weniger Standortwettbewerb und eine Kontrolle der Finanzmärkte zwar die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten erweitern. Erweiterte Gestaltungsmöglichkeiten der Nationalstaaten wären aber bereits genau für diese Veränderungen notwendig.

- "Das GE unterstützt den Rückzug des Sozialstaates."

Das GE modernisiert den Sozialstaat. Dafür ist es höchste Zeit!

- "Der Staatsanteil erhöht sich."

Das ist eine Frage der technischen Umsetzung. Wenn das GE als Absetzbetrag in die Einkommenssteuer integriert wird, erhöht es nicht unbedingt die Staatsquote.



- "Die Forderung nach einem GE ist allein nicht ausreichend bzw. umsetzbar."

Das GE ist kein Allheilmittel. Allerdings ist es viel schwieriger, einen Konsens darüber zu erzielen, was sonst noch alles an Reformen notwendig ist.

- "Das GE wird den Migrationsdruck erhöhen."

Wir setzen uns dafür ein, dass das GE weltweit verwirklicht wird. Wir fordern für alle Zweit- und Drittstaaten sofortige Schuldenstreichung, das Ende der Strukturanpassungsprogramme, weitere unterstützende Maßnahmen sowie auf globaler Ebene eine umfassende Entmilitarisierung. Sind die negativen Wirkungen von ökonomischem und militärischem Terror beseitigt, so besteht auch kein Zwang zur Flucht davor.

- "Das GE kann nicht im nationalen Alleingang eingeführt werden."

Sozialpolitik fällt in der EU in die Kompetenz der Einzelstaaten. Es ist wünschenswert, dass ein GE in möglichst vielen Staaten eingeführt wird, aber Voraussetzung für die Einführung ist das keine.

- "Es stärkt den Niedriglohnsektor."

Jeder Lohn, ob hoch oder niedrig, wird zusätzlich zum GE ausbezahlt und erhöht damit das individuelle Nettoeinkommen. Das GE stellt sicher, dass niemand gezwungen ist, aus Existenzangst Niedriglohnjobs anzunehmen, wie das jetzt der Fall ist.

- "Wir brauchen kein GE, sondern mehr Wirtschaftswachstum für mehr Arbeitsplätze."

Wirtschaftswachstum ist weder sozial noch ökologisch nachhaltig und daher nicht länger tragbar. In den Industriestaaten senkt Wachstum seit geraumer Zeit die Wohlfahrt, anstatt sie zu erhöhen. Es löst keine Probleme, sondern verschärft sie. Es ist daher keine Option für Menschen, die soziale und ökologische Verantwortung übernehmen wollen. Das GE hingegen ist ein erster Schritt in die richtige Richtung: Der Lebensstandard muss unabhängig von Wachstum sein!

- "Das GE schadet dem Wirtschaftsstandort."

Was den Menschen hilft, kann dem Wirtschaftsstandort nicht schaden. Das GE fördert das UnternehmerInnentum und stellt sicher, dass jedeR frei entscheiden kann, wie sie/er ihre/seine Fähigkeiten einsetzt. Warum sollte jemand anderer besser darüber entscheiden können?

- "Das GE kann ohne Wirtschaftswachstum nicht finanziert werden."

Das GE bedeutet noch nicht den Ausstieg aus dem Wachstumszwang. Es kann diesen Ausstieg aber vorbereiten und erleichtern.

- "Das GE können nur Siegerstaaten in der Weltmarktkonkurrenz finanzieren."

Dies gilt nicht nur für das GE, sondern tendenziell für alle Sozialleistungen. Das GE ist kein Mittel, um die Zerstörungslogik des Standortwettbewerbs auszuhebeln. Es kann aber die Suche nach konkreten Auswegen aus der Weltmarktkonkurrenz, also die Entwicklung alternativer Produktionsweisen fördern.

WAS EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN NICHT IST!

Immer wieder wird ein bedingungsloses Grundeinkommen unreflektiert mit Ansätzen wie Bürgergeld, Workfare oder dem Ersatz von Sozialleistungen gleich gesetzt.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet nicht die Abschaffung sämtlicher Sozialleistungen. Zwar steht außer Streit, dass Arbeitslosengeld, Notstandshilfe oder Pensionszahlungen durch ein Grundeinkommen ersetzt werden. Andere Sozialleistungen bleiben aber weiterhin erhalten, da das Bedürfnis, aus dem die Zahlung entstand, mit einem Grundeinkommen nicht erlischt (z.B. Pflegegeld).

Das Bürgergeld ist ein sozial- und beschäftigungspolitisches Reformkonzept, das die soziale Sicherheit erhöhen, neue Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich *fördern* und erhebliche Einsparung in der Sozialbürokratie *bringen* soll. Es handelt sich um einen Geldbetrag, der zur

Sicherung des Existenzminimums regelmäßig vom Staat oder von einer Bürgergeldkasse gegen Verrichtung sozialer oder gemeinnütziger Tätigkeiten ausbezahlt wird. Für das Bürgergeld gilt der Grundsatz: Zuviel zum Verhungern, zuwenig zum Leben.

Workfare-Programme sind eine US-amerikanische Idee der 80er Jahre, die in Europa vor allem in Großbritannien Fuß gefasst hat. Die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung oder vergleichbaren Sozialtransfers wird an unterbezahlte und/oder gemeinnützige Arbeiten gekoppelt. Workfare-Modelle basieren auf Repression und Kontrolle. Sie sollen den "Missbrauch" sozialstaatlicher Leistungen einschränken und Einsparungen bringen.

In beiden Konzepten, Bürgergeld und Workfare, geht es weder um Arbeitsmarktintegration, noch um die Bekämpfung von Armut oder der negativen Folgen von Arbeitslosigkeit. Vielmehr handelt es sich um eine Stärkung neoliberaler Leistungsorientierung zugunsten der ArbeitgeberInnen, die zusätzlich durch eine Politik der Abschreckung gefördert werden soll.

Bürgergeld und Workfare stehen in diametralem Gegensatz zum Grundeinkommen, weil sie von Bedürfnisfeststellung und Arbeitsleistung abhängig sind.

Das Bürgergeld ist eine Forderung rechter Parteien in Österreich. Zwar werden die Grundsätze von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit in den Parteiprogrammen betont, heraus kommt aber bloß eine Anpassung des bestehenden Sozialsystems nach unten. Soziale Bedürftigkeit und Treffsicherheit von Sozialleistungen stehen im Vordergrund. Das Ziel sind Einsparungen im Sozialbereich.

Etwas anders gestalten sich die Gedanken zu diesem Thema bei den österreichischen Parteien des linken Spektrums. Ein Modell der "bedarfsorientierten Grundsicherung" fand in die neuen Parteiprogramme Eingang. Während bei den SozialdemokratInnen dieses Thema nur am Rande erwähnt wird, diskutieren die Grünen eingehender einen "Sozialstaat neu".

Eine "bedarfsorientierte Grundsicherung" nimmt viele Forderungen eines Grundeinkommens auf. So soll es das Recht auf ein menschenwürdiges Leben wahren und die prekäre Situation von ArbeitnehmerInnen verbessern. Trotz aller geplanten Fortschritte gegenüber der gegenwärtigen Situation ist die Grundsicherung aber vom Bedarfsfall abhängig und widerspricht damit dem bedingungslosen Grundeinkommen. Eine generelle finanzielle Absicherung jedes einzelnen Menschen unabhängig vom Bedarf ist nicht angedacht.

KURZE GESCHICHTE DES GRUNDEINKOMMENS

Überlegungen zu einem Grundeinkommen gibt es bereits seit einem knappen halben Jahrtausend. Die Motive dafür sind aber unterschiedlich. Einer der ersten, der sich damit auseinandersetzte, war Thomas Morus. In seinem philosophischen Entwurf für einen gerechten Staat beschäftigt er sich mit den Missständen der vorherrschenden Staatsformen und stellt ihnen eine christliche, hedonistische Gesellschaft, die auf der Philosophie Epikurs beruht, gegenüber. Morus' Freund, Juan Luis Vives, dürfte allerdings entscheidenden Einfluss auf die Ideen Morus gehabt haben. Er vertrat die Ansicht, dass es eine Einkommensgarantie für alle geben soll. Er setzte allerdings einen Arbeitswillen bei den EmpfängerInnen voraus, da er in der Arbeit eine disziplinierende Maßnahme sah.

Die Idee eines *bedingungslosen* Grundeinkommens findet sich erstmals bei Thomas Paine. Er war der Meinung, dass die westliche "Zivilisation" erhalten bleiben, aber die Armut abgeschafft werden muss. Nicht nur Landbesitz, sondern Besitz jeglicher Art soll nach Paine besteuert werden, da Privatbesitz ein Effekt der Gesellschaft ist. Mit den Einnahmen aus diesen Steuern soll eine Art Pensions- oder Start-off-Fonds eingerichtet werden, aus dem jedem 21-jährigen ein Startkapital für die Gründung eines Betriebes zugewiesen und jedem 50-jährigen eine Pension ausbezahlt wird. Charles Fourier, ein französischer Philosoph des Frühsozialismus, argumentiert ähnlich wie Paine. Er vertritt die



Meinung, dass Arme eine Kompensation dafür erhalten sollen, dass ihnen der direkte Zugang zu natürlichen Ressourcen entzogen wurde. In dieselbe Kerbe schlägt John Stuart Mill. Er legt in seinen Principles of Political Economy seinen Überlegungen zum Grundeinkommen die Erbschaft als Möglichkeit, Besitz und Kapital zu akkumulieren, zugrunde. Er leitet ab, dass jedes Gesellschaftsmitglied wegen seines moralisch begründeten Mitbesitzes an den gemeinsamen gesellschaftlichen Ressourcen gegenüber deren NutznießerInnen einen Anspruch auf Entschädigung hat.

Major Clifford H. Douglas, ein schottischer Wirtschaftstheoretiker, geht noch einen Schritt weiter. Er sieht vor allem in Erfindungen und Innovationen, also den der kreativen Energie der Gesellschaft entspringenden Produktionsvoraussetzungen eine ungleiche Verteilung. Er bezeichnet das gemeinsame kulturelle Erbe früherer Erfindungen als Basis gegenwärtiger Produktion und schlägt eine Sozialdividende zum Ausgleich der ungerechten Verteilung von Gewinnen aus der Produktion vor.

"Zu Beginn des neuen Jahrtausends möchte ich einen Vorschlag zur Diskussion stellen, durch den die Lage der Menschheit verbessert werden kann: indem jeder ein universelles Grundeinkommen erhält, das zur Selbsterhaltung ausreicht." Dies ist der erste Satz eines Grundsatzartikels von Philippe Van Parijs, Professor für Wirtschafts- und Sozialethik an der Katholischen Universität von Louvain in Belgien, einem der profiliertesten gegenwärtigen Verfechter des Grundeinkommens. Er fordert die *wirkliche* Freiheit des Individuums durch eine gerechte Verteilung der Ressourcen. Dabei geht es ihm um die gerechte Verteilung der unverdienten Ressourcen, für die von den NutzerInnen, keine Leistung erbracht wurde. Die Höhe finanzieller Transferzahlungen koppelt er an den Wert der Arbeitsplätze, den diese bei einer Auktion erzielen würden, bei der alle TeilnehmerInnen mit gleicher Bietkraft ausgestattet sind.

BIEN, das Basic Income European Network, ist eine Vereinigung von Akademikern und Nicht-Akademikern mit unterschiedlichem Hintergrund, die sich als globale Plattform für Menschen und

Organisationen versteht, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen (<http://www.basicincome.org>).

VIVANT, eine französische Organisation, schließt an Van Parijs an und vertritt den Standpunkt, dass es gerade die Rolle des Staates ist, die nötigen Bedingungen für die freie Entfaltung der Einzelnen zu schaffen. Neben einem lebenslangen Grundeinkommen für alle fordert VIVANT die Abschaffung der Besteuerung von Arbeitsleistung und die Einführung einer Verbrauchssteuer. Alle drei Punkte sollen dazu beitragen, wirtschaftliche Fehlentwicklungen zu kompensieren (<http://www.vivant.org>).

In Österreich engagiert sich gegenwärtig vor allem die Katholische Sozialakademie für ein bedingungsloses Grundeinkommen, die zur Verbreitung und Diskussion der Idee eine Plattform unter <http://www.grundeinkommen.at> eingerichtet hat. Die KSÖ versteht unter dem bedingungslosen Grundeinkommen "ein Recht auf Einkommen für alle auf individueller Basis, unabhängig von Arbeit und sonstigem Einkommen" Sie will damit auf die ökonomische Globalisierung und die Auseinanderentwicklung von Arm und Reich reagieren.

WELCHE VISIONEN VERBINDEN WIR MIT DEM GRUNDEINKOMMEN?

Das Leben ist uns zur Verwirklichung aufgegeben. Das Ziel eines gelingenden Lebens ist Glück und Zufriedenheit. Das kann uns aber nicht von Außen aufgezwungen werden. Denn die Grundsituation des Menschen ist ihre Freiheit (Offen-sein für Möglichkeiten), die sie jeden Moment ihres Daseins in Form von Entscheidungen verwirklicht. Das Problem von Entscheidungen, also des Handelns und Unterlassens, liegt aber darin, dass es Risiken gibt: Der Zweck oder die Mittel können falsch gewählt sein. Je länger wir nachdenken, und je mehr Möglichkeiten wir bedenken können, desto besser sind die Folgen unseres Tuns einzuschätzen. Wir benötigen also Zeit zum Nachdenken und Hinterfragen sowie einen sozialen Raum, um diese Reflexionen auch wirklich in die Tat umsetzen zu können.

Das Grundeinkommen ermöglicht eine Vielfalt an Lebensformen. Es erhöht aber nicht nur die individuelle Freiheit und Flexibilität, sondern fördert auch die gesellschaftliche Experimentierfähigkeit. Grundlegende Probleme unserer derzeitigen Lebensweise, etwa der ökologisch nicht tragbare Wachstumszwang der Wirtschaft, erfordern neuartige Lösungen. Das Grundeinkommen stellt eine materielle Ressource bereit, diese neuen Ansätze jenseits der Wachstumswirtschaft zu erproben und zu entwickeln. Es kann eine Starthilfe für neue, vernetzte Kooperationsformen bieten, die sich den Zwängen von Wachstum, Tausch und Profit nachhaltig entziehen, indem sie nicht den bewussten Gesetzen des Geldes folgen, sondern sich durch direkte Kommunikation über die konkreten Bedürfnisse von Gemeinschaften einigen: Kooperative Produktionsformen jenseits der traditionellen Geschlechterrollen, jenseits von Markt, Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit, staatlichem Zwang und Weltmarkt werden verwirklichtbar.

Solche sozialen Freiräume mit kooperativen Gemeinschaften könnten im Non-Profit-Bereich entstehen. Sichert man dessen Existenz durch ein Grundeinkommen, so kann er Dienstleistungen und materielle Güter produzieren, die nicht verkauft werden und für die daher nicht der Profit das Handlungsmotiv ist, sondern die Lebensqualität.

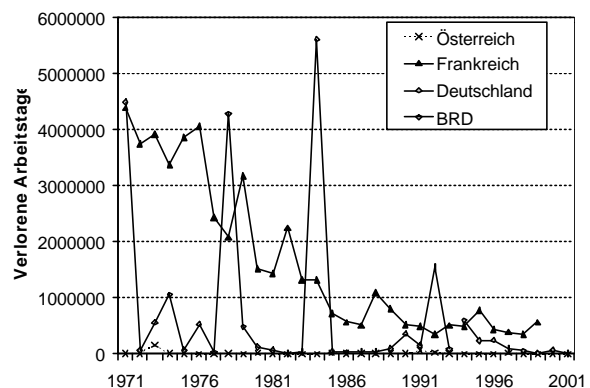
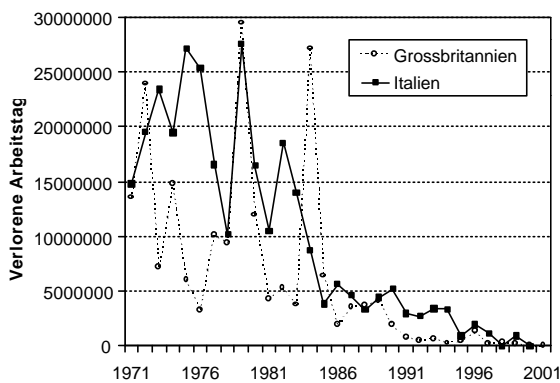
Längerfristig betrachtet können solche Gemeinschaften ihre Güter und Dienstleistungen nach ihren eigenen Regeln produzieren und konsumieren. Sie tun dies, indem sie z.B. Technik als Beitrag zur Verkürzung der Arbeitszeit verwenden und so ein wesentlicher Reichtum, nämlich der an freier Zeit, entsteht. Arbeitslosigkeit kann also nicht mehr Grund für gesellschaftliche Ausgrenzung und individuelles Schamgefühl sein, sondern nur mehr Zeit, in der jedeR einer schöpferischen Tätigkeit nachgehen kann. Da jede regionale Gemeinschaft Produktion und Energiezufuhr (Solarenergie) unabhängig und selbstbestimmt regelt, ist eine dezentrale und flexible Gesellschaftsordnung möglich. Regionale Gemeinschaften können sich überregional vernetzen, um ein sozial und kulturell erfüllendes Leben in Freiheit und Muße zu gestalten, komplexe Güter herzustellen und sich nach Maßgabe der ökologischen Tragfähigkeit exotische Produkte zur Verfügung zu stellen. Das Grundeinkommen würde in einer solchen Gesellschaft durch eine Grundsicherung in Form konkreter Güter und Dienstleistungen ersetzt.

Genauso wichtig wie die soziale Weiterentwicklung der Gesellschaft durch eine Grundsicherung sind die Forcierung eines ökologischen Umbaus sowie öffentlicher Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Kultur. Der Non-Profit-Bereich muss durch neue rechtliche Rahmenbedingungen gestärkt werden.

VISIONATTAC FORDERT UND RUFT AUF:

- Wir fordern die weltweite Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Wir rufen die ILO (International Labour Organisation) auf, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen.
- Wir fordern von der österreichischen Bundesregierung die Rücknahme aller Maßnahmen staatlichen Arbeitszwanges. Darunter fallen verpflichtende Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie Zwangsarbeitsprogramme (Integra-Programm). Zwangsarbeit ist völlig inakzeptabel und einer modernen Gesellschaft unwürdig.
- Die Einführung einer "bedarfsorientierten Grundsicherung" mit Bedürfnisfeststellung ist unzureichend. Diese gibt es bereits. Wir fordern stattdessen die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens in Höhe von 1000 Euro monatlich!
- Wir rufen die österreichischen Gewerkschaften auf, das bedingungslose Grundeinkommen zu einem zentralen Ziel zu erklären und damit den Interessen der großen und wachsenden Zahl der Arbeitslosen und prekär Beschäftigten gerecht zu werden.
- Wir rufen alle modernen Kräfte in der Gesellschaft auf, die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens als einer zentralen Voraussetzung einer fortschrittlichen Gesellschaft zu diskutieren, zu verbreiten und sich dafür einzusetzen. Globalisierung braucht Grundeinkommen!

ANHANG : STREIKSTATISTIKEN



Datenquelle: ILO (Messmethoden zwischen verschiedenen Zeiträumen bzw. Staaten z.T. leicht abweichend)

LITERATUR

- Altwater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1999): "Die Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft." Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika/Mies, Maria/Werlhof, Claudia von (1992): "Frauen, die letzte Kolonie. Zur Hausfrauisierung der Arbeit." Zürich. Rotpunktverlag. 3. unveränderte Neuauflage
- Büchele, Herwig/Wohlgenannt, Lieselotte (1985): "Grundeinkommen ohne Arbeit." Wien. Europaverlag.
- (1990): "Den ökosozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen." Wien. Europaverlag.
- Castel, Robert (2000): "Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit." UVK-Universitäts-Verlag.
- Fuchs, Christian (2001): "Soziale Selbstorganisation im informationsgesellschaftlichen Kapitalismus." Norderstedt. Libri.
- (2002): "Krise und Kritik in der Informationsgesellschaft." Norderstedt. Libri.
- Fuchs, Christian /Hofkirchner, Wolfgang (2003) "Informatik und Gesellschaft." Norderstedt. Libri.
- Füllsack, Manfred (2002): "Leben ohne zu Arbeiten? Zur Sozialtheorie des Grundeinkommens." Berlin. Avinus.
- Gorz, André (1989): "Kritik der ökonomischen Vernunft." Berlin. Rotbuch
- (2000): "Arbeit zwischen Misere und Utopie." Frankfurt/Main. Suhrkamp.
- (2001): "Welches Wissen? Welche Gesellschaft? Textbeitrag zum Kongress 'Gut zu wissen'", Heinrich-Böll-Stiftung, 5/2001
- Hirsch, Joachim (2002): "Herrschaft, Hegemonie und politische Alternativen." Hamburg. VSA
- Howard, Michael W. (2002): "Liberal and Marxist & Justifications for Basic Income." Paper for the 1st Congress of the US Basic Income Guarantee Network, New York, March 8th-9th, 2002.
- Krebs, Hans-Peter/Rein, Harald (Hrsg.) (2000): "Existenzgeld: Kontroversen und Positionen." Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Kurz, Robert (1991): "Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernen-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie." Frankfurt/Main.
- (1997): "Antiökonomie und Antipolitik. Zur Reformulierung der sozialen Emanzipation nach dem Ende des 'Marxismus'." Krisis 19 (auch unter <http://www.krisis.org>).
- Kurz, Robert/Lohoff, Ernst/Trenkle, Norbert (Hrsg.) (1999): "Feierabend! Elf Attacken gegen die Arbeit." Konkret Literatur Verlag.
- Lerner, Sally (2002): "Basic Income: Sowing the Seeds, Ensuring the Harvest." Keynote Speech, New Zealand UBI Conference, March 26th-28th, 1998.
- Lipietz, Alain (1987): "Mirages and Miracles. The Crises of Global Fordism." London. Verso
- (1998): "Nach dem Ende des 'Goldenen Zeitalters'. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften." Berlin/Hamburg. Argument.
- Mies, Maria (1996): "Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung." Zürich. Rotpunktverlag. 5. Auflage
- Opielka, Michael/Vobruba, Georg (1986): "Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung." Frankfurt. Fischer.
- Revelli, Marco (1999): "Die gesellschaftliche Linke. Jenseits der Zivilisation der Arbeit." Münster. Westfälisches Dampfboot.
- Ribolits, Erich (1995): "Die Arbeit hoch? Berufspädagogische Streitschrift wider die Totalverzweckung des Menschen im Post-Fordismus." Wien. Profil Verlag
- Rifkin, Jeremy (1995): "Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft." Frankfurt/New York. Campus
- Scholz, Roswitha (1992): "Der Wert ist der Mann. Thesen zu Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis." Krisis 12 (auch unter <http://www.krisis.org>).
- (2000): "Das Geschlecht des Kapitalismus. Feministische Theorien und die postmoderne Metamorphose des Patriarchats." Bad Honnef. Horlemann-Verlag.
- Trenkle, Norbert (1996): "Weltgesellschaft ohne Geld. Überlegungen zu einer Perspektive jenseits der Warenform." Krisis 18 (auch unter <http://www.krisis.org>).
- Van Parijs, Philippe (Hrsg.) (1992): "Arguing for Basic Income." London. Verso.
- (2000): "Basic Income: A Simple and Powerful Idea for the 21st Century." Basic Income European Network (BIEN), 8th International Congress, Berlin, October 6th-7th, 2000